

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1900

156 (9.6.1900)

herunter! dann werden Sie im steeple chase nicht gewinnen. (Sehr richtig!) Nun handelt es sich in der gegenwärtigen Zeit doch, wie ich glaube, um ein gewisses steeple chase.

Die Forderung einer großen Kolonialmacht, Spaniens, der Streit zwischen England und Frankreich um Afrika erwecken große und weite Perspektiven. Ich will mich nicht über Weltmachtpolitik äußern, aber die Expansionskraft der Nation in einem solchen Augenblicke zu schwächen, halte ich für einen Fehler, namentlich wenn der Ertrag, den man erwartet, so unendlich gering ist, wie nach der Schätzung der verbandelten Regierungen. Es handelt sich hier um jährlich 15-17 Mill. Mk. und ich halte diese Ziffer noch für weit übertrieben; ich glaube, daß noch nicht die Hälfte richtig sein wird. (Hört! hört! links.) Wenn Ihnen Jemand sagen wollte: Du hast zwar hier eine gute Raune, wenn du dir aber eine schlechte anschaffst, kannst du dabei 15-17 Millionen sparen, dann würden Sie den Mann wahrscheinlich höflich oder sogar unhöflich an die Thür bringen. Wenn Ihnen hier aber Jemand sagt: Du sollst ein außerordentlich nützliches und für deine politische Machtstellung wesentliches Instrument verkrüppeln, dann, meine Herren, laden Sie ihn höflich ein, Platz zu nehmen. Ich muß sagen — und das habe ich auszusprechen wollen im Namen der kommerziellen Bevölkerung — ich halte das für den Gipfel der Inkonsequenz. (Beifall.)

Abg. Richter (fr. Sp.): Wenn wir diese ganzen neuen Steuererträge auch für schädlich hielten, so haben wir doch immer mitgearbeitet, um nach Möglichkeit allzugroße Schäden zu vermeiden. Ich kann das Centrum zwar nicht tadeln, daß es die Deckungsfrage in Verbindung gebracht hat mit der Flottenvorlage und sich nicht auf den Standpunkt der Regierung gestellt hat, die da meinte, kommt Zeit, kommt Rath. Denn das die Ende kommt immer nach. Das haben wir bei der Militärvorlage noch gesehen, wo später ganze Industrien beunruhigt wurden. Ich hoffe, daß die jetzige Politik des Centrums erzieherisch auf manche Kreise in Militär- und Marinefragen wirken wird. Ich halte jedoch die Vorschläge des Centrums nicht für richtig, ich würde es für richtiger halten, eine Steuer zu nehmen, die wir auch eine bewegliche Reichsvermögensteuer vorschlagen. Resolutionen allein nützen hier nicht, die sind häufig nichts als fromme Wünsche. Hier wäre die günstige Gelegenheit gegeben, eine bewegliche Reichssteuer zu bekommen, und keine dauernde, denn die Regierung will ja überhaupt keine neuen Steuern, sie werden ihr aufgedrängt. Ueber die Schädlichkeit der vorgeschlagenen Einkommen- und Umsatzsteuern kann ich mich in vielen dem anschließen, was der Redner gesagt hat. Es ist eine Thatsache, daß diese neuen Steuern gerade diejenigen am meisten quälen und ärgern, die am meisten in Flottenbegeisterung gemacht haben. Hätte ich wirklich eine solche Steuer, die mir durchaus fehlt (Große Heiterkeit), so würde ich mich darüber freuen. Aber schließlich treffen die Steuern doch nicht diese Kreise, sondern den ganzen Volkswohlstand. Besonders kann ich das unterstreichen, was der Redner über den Einkommen- und Kaufstempel gesagt hat; nicht die reichen Banken, sondern in erster Linie die kleinen Provinzialbanken werden davon getroffen. Von all den vorgeschlagenen Steuern sind nur für die Erhöhung des Lotteriestempels, nachdem man anderen Vorschlag einer beweglichen Reichsvermögensteuer abgelehnt hat. (Beifall links.)

Abg. von Kardorff (Reichsp.): Meine Freunde werden für die Kommissionsvorschläge stimmen und jedes Amendement ablehnen. Wir sind der Meinung, daß auch die Höhe der neuen Steuern anrechenbar ist, um die Bedürfnisse für die Marine für die nächsten Jahre zu decken. Die Kommission hat also auch hier das Richtige getroffen. In Bezug auf den Umsatzstempel sind meine Freunde getheilte Meinung, einige sind für 2 pro Mille, andere für 3. Herr von Siemens hat uns einen längeren politischen Vortrag gehalten, dessen Duzintessenz es war, daß Geld eine große Macht ist. Ja, das haben wir Alle schon gewußt. (Heiterkeit.) Er hat auch von Vertheilung gesprochen und die Agrarier dabei angegriffen, doch hat er dabei eine feindliche Auffassung, einen wahren Quartantersstandpunkt zur Geltung gebracht. Was Sie, Herr von Siemens, von den „paterna rura“ gesagt haben, stimmt nicht. Auf dem Lande giebt es eben so viele gebildete Leute wie in den Städten. Das Wort vom Vertheilungsel ist, als die Rede von der Reuewuth der Deutschen war. Das Vertheilungsel ging in einzelnen Theilen auch mir zu weit, ich hatte vor Allem nur das Verbot des Terminhandels in Getreide gewünscht und gab zu, daß das Börsengesetz auch mit zu dem hohen Diskont beigetragen hat. Wir Deutschen sind das einzige Volk, daß sein Geld hageren gehen läßt (Heiterkeit), alle anderen Länder halten es fest. Die Politik unserer Reichsbank habe ich wie bemerkt. Es ist gesagt, wir müßten uns von der englischen Börse emancipiren. Ja, wenn das Wort nur mal wahr würde! Bisher haben unsere Bankiers stets das Gegenheil. Wir befinden uns in slavischer Abhängigkeit von der englischen Börse. In der Währungsfrage sind wir England auch gefolgt.

Abg. Bebel (Soz.): Noch in der Kommission hat das Centrum den Standpunkt vertreten, daß zur Deckung sich nur eine Reichsvermögensteuer ergebe, erst auf den Widerpruch der Regierung hat es diesen Standpunkt verlassen und hat auf die Stempelsteuern zurückgegriffen und hier und da ein Mittelbündel zusammengepackt. Wenn man eine Reichsvermögensteuer für wie wir es immer gewünscht haben, eine Reichseinkommensteuer für die großen Einkommen gewählt hätte, hätte man wirklich die leistungsfähigen Schultern belastet und Handel und Verkehr nicht getroffen, wie es jetzt geschieht. Hätte das Centrum kategorisch erklärt, ohne eine Reichsvermögen- oder Einkommensteuer bekommt Ihr keine Flotte, so hätte die Regierung auch nachgegeben. Jetzt fällt mit Ausnahme der winzigen Beträge für die Champagner- und Viktualiensteuer nichts auf die leistungsfähigen Klassen. Man hat uns unsere Ablehnung der Börsensteuer zum Vorwurf gemacht. Aber wir sind prinzipiell gegen jede Steuer auf Handel und Verkehr. Das Börsengesetz hat, wie Dr. Siemens heute wieder bewies, nicht die großen, sondern nur die kleinen Banken getroffen. Was meinen Sie wohl, daß die Herren Krupp und v. Stumm und die anderen direkten Interessenten zahlen müßten, wenn eine Reichsvermögensteuer eingeführt würde? Mindestens 500 000 Mk., jetzt zahlen Sie von den vorgeschlagenen Deckungsmitteln keine 500 Mk. In Reichstagen sehen eine ganze Reihe von schwerreichen Leuten, ich nenne nur die Herren Frhr. Heyl zu Herneheim, Graf Stolberg, Graf von Arnim; wenn all diese reichen Leute zu einer Reichsvermögensteuer in unserem Sinne herangezogen würden, so würde der Reichstag allein mindestens 700 000 Mark einbringen. Nach den jetzigen Steueranschlägen aber wird der Reichstag keine 7000 Mark einbringen.

Abg. Dr. Haasche (nl.): Bei der ganzen Beratung der Flottenvorlage ist mir nichts so unverständlich gewesen wie die Haltung der Sozialdemokraten, die der Abg. Bebel soeben lebhaft zum Ausdruck gebracht hat. Die Parteien, die das Zustandekommen des Gesetzes wollten, waren sich in der Deckungsfrage einig, auch hier den Grundgedanken zu behalten, der schon in dem § 8 des alten Flottengesetzes zum Ausdruck gebracht war, nur die wirklich leistungsfähigen Schultern zu treffen. Ich hätte daher, aufrichtig gesagt, einen so scharfen Widerstand der Sozialdemokraten nicht erwartet. Dem Abg. Bebel ist es auch heute noch nicht gelungen, abschlaggebende Gründe für sein abweichendes Votum zu erbringen. Selbst gegen die Erhöhung der Börsensteuer wollen die Sozialdemokraten stimmen. Herr Bebel, der heute so jählich für die Börse eintrat, führte aus, daß die Börse ein notwendiges Institut, ein Organ des Handels und des Verkehrs sei, dem man keine neuen Lasten aufbürden dürfe. Ich möchte zunächst dem Einwand entgegenreten, daß es auch irgend einem meiner politischen Freunde einfallen sollte, das auch von uns allseitig als notwendig anerkanntes Institut der Börse in irgend einer Weise lahmzulegen, so daß dadurch Schäden für die Allgemeinheit entstünde. Aber die vorgeschlagenen Erhöhungen der Börsensteuer sind doch nur so minimal, daß die Kapitalisten,

auch die kleinen, sie sehr gut werden tragen können und daß in keiner Weise die Gefahr besteht, daß der Verkehr an den Börsen irgendwie eingeschränkt werden könnte. Meine politischen Freunde, die die Flottenvermehrung im nationalen Interesse für durchaus notwendig erachten, hätte auch ohne eine Deckungsverlage für die Flottenvermehrung gestimmt. Wir haben uns aber in Bezug auf die Deckungsfrage der Mehrheit gefügt und haben in der Kommission voll und gerne mitgearbeitet. Wir freuen uns dieser Mitarbeit besonders deshalb, weil es wünschlich war, die Deckungsfrage so zu regeln, daß nur die leistungsfähigen Schultern getroffen würden. Die Regierung zwar hat keine neuen Steuern gewünscht, sie sind ihr in den Schoß gefallen, ohne daß sie sie wollte, so die Regierung hat selbst erklärt, sie wisse garricht, was sie mit dem Gelde anfangen solle. Es ist auch sogar das Wort gefallen, diese Steuerbewilligung für die Marine würde nur die Begehrlichkeit der andern Ressorts reizen. Wenn man unsere Finanzverhältnisse anschaut, so glaube ich nicht, daß man sagen kann, daß eine solche Gefahr besteht. Man darf doch nicht vergessen, daß in diesem Jahre unser Etat einen Schuldenbetrag von 75 Millionen aufwies, daß in den letzten 5 Jahren unsere Reichsschulden sich um 300 Millionen vermehrt haben. Auch im nächsten Jahre sollen 71 Millionen Anleihen aufgenommen werden. Die Anleihenrückzahlung im Reich hat sich in einer Weise entwickelt, daß man sich bei ruhiger Betrachtung sagen muß: So darf es nicht weiter gehen. Wenn daher vom Reichstag dem Reich jedes Jahr neue 50 Millionen zur Verfügung gestellt werden, so ist dies doch von großem Vorteil. Anmal in einer Zeit, wo der Staatskredit schon in einer Weise gefährdet ist, daß wir eine neue dreiprozentige Anleihe nur zu 86 Proz. ausgeben könnten, daß wir also bei der Ausgabe der Anleihe schon 14 Prozent verlieren. Andere Schuldentlast ist nemlich noch größer, als es den Jähren entspricht, da wir nicht das ganze Geld bekommen haben. Ich meine, gerade die Herren von der Finanzkommission und daher laudbar sein, wenn wir jetzt bekräftigen, daß es mit den Anleihen nicht so weiter geht. Nachdem meine Freunde die Finanzlage des Reiches von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet haben, waren sie durchaus dazu bereit, die Gelder zu bewilligen, die eventuell auch dazu dienen können, die Schulden des Reiches zu vermindern. Auch aus dem Reiches des Centrums ist die Anregung gegeben, daß das Mehr aus den neuen Steuern, das sich in den ersten Jahren erzieht, zur Schuldentilgung oder zur Abdeckung von neuen Anleihen verwendet werde. Meine Freunde würden ganz damit einverstanden sein, wenn ich leben eine der größten Gefahren der Entwicklung des deutschen Reiches darin, daß immer neue Schulden gemacht werden und die Schuldenlast in neue Milliarden steigt.

Herr Dr. von Siemens hat uns eine eingehende Schilderung von der Bedeutung der Börse gegeben. Ich unterschreibe Vieles von dem, was er gesagt hat. Niemand von uns verkennt die Bedeutung der Börse, Niemand denkt daran, sie lahmzulegen. Wenn man aber sagt, daß die vorgeschlagenen Steuern den Verkehr einschränken, den Kredit schwächen, den Geldmarkt gefährden und unseren politischen Einfluß schwächen werden, so kann ich das doch nicht zugeben. Es ist nicht wahr, daß wir die Börsen leistungsfähig wollen. Der gewaltige Aufschwung unserer Industrie, von dem man immer spricht, wenn es gilt, andere Reueisen anzuführen, ist trotz der Erhöhung des Börsenverkehrs, trotz Börsensteuern und Börsengesetz entstanden. Deshalb können die geringen Erhöhungen von einigen Prozent unannehmlich eine so wichtige Wirkung haben. In erster Linie kommt der Einkommenstempel in Betracht, aber dieser wird nur ein einziges Mal erhoben und ist so minimal, daß in keiner Weise Verkehr oder kommunale Interessen darunter leiden können. Der kleine Stempel wird keine Gemeinde davon abhalten notwendige Anleihen aufzunehmen. Wir haben dann die Erhöhung des Umsatzstempels bewilligt. Aber dieser trifft nur in und ausländische Umsätze, alle anderen Papiere sind frei gelassen. Bei den Aktien sind aber die üblichen Gremialdifferenzen so gering, daß der Stempel kaum, ich dazu beitragen kann, den Verkehr zu belasten. Was die Steuererhöhungen anlangt, so hat selbst Herr Bebel zugeben müssen, daß ein Theil von ihnen nur wohlhabende Klassen trifft. Ich aber möchte behaupten, daß alle diese Steuern unpopulärer sind, das haben auch die Herren vom Reichstagsamt zugegeben. Wir haben hier und dort Braunwein sehr hoch besteuert, da trufen wir es uns nicht entgegen lassen, auch die reinen Vorgetränke höher zu besteuern. Herr von Siemens hat uns auch in sehr interessanter Weise dargestellt, welche große Macht die Börse als solche wäre. Will man dem Bebel recht thun, daß Geld die Welt regiert. Aber doch nur das Geld, das Kapital, nicht die Börse als solche, die Macht des Kapitals ist es, die die Welt regiert, aber das Kapital ist doch im Volk vertheilt. Wenn das deutsche Volk reich an Kapital ist, so werden auch die Banken und Börsen reich an Kapital sein. Und wenn im deutschen Volk unter dem Einfluß von Herr und Marine der Reueisen steht, die Weltmacht thut, das Kapital wächst, dann werden wir auch politische Macht ausüben können, ohne daß Herr und Flotte selbst in Afrika treten. Auch in diesem Sinne ist eine starke Flotte eine notwendige Voraussetzung dafür, daß Deutschland faktisch reich bleibt und sein Reichthum sich mehrt. (Beifall.)

Abg. Graf Kanitz (Soz.): Die Kosten der Flottenvermehrung müssen von denen getragen werden, die den direkten Vortheil von der Flottenvermehrung haben. Und es kann nicht bezweifelt werden, daß die Börse großen Nutzen von der Vorlage hat. Herr v. Siemens hat also keinen Grund, sich über die Erhöhung des Börsenstempels zu beklagen. Mit dem Reichthum über den Einkommenstempel bin ich nicht zufrieden. Man hätte den Stempel für ausländische Werthe mehr erheben sollen als den für inländische. Wir leiden daran, daß ein zu großer Theil unserer Nationalvermögen ins Ausland flieht. Die Regierung hat uns ja vorgerechnet, wieviel deutsches Kapital wir im Ausland haben. Sie hätte dabei allerdings das Kapital der Leute, die selbst im Ausland wohnen, nicht mitzählen sollen. Denn wegen dieser Leute brauchen wir die Flotte nicht zu vergrößern, da sie keinen Vorrang zur Deckung der Kosten beitragen. Die Flottenvermehrung wird wieder neues Kapital für industrielle Werthe mobil machen; die Banken werden hiervon den Nutzen haben. Und ich bin der Meinung, daß schon viel zu viel Kapital in industriellen Unternehmungen angelegt ist. Bevor die neuen Steuern nicht unter Dach und Fach gebracht sind, bin ich nicht in der Lage, definitiv für die Flottenvorlage zu stimmen.

Abg. Gröber (Soz.): Durch die Lösung der Deckungsfrage sind viele schwere Bedenken, die das Centrum gegen die Vorlage hatte, beseitigt worden. Die Regierung wollte die Flottenvermehrung zum Theil durch Anleihen decken. Damit konnten wir uns nicht einverstanden erklären. Die Lebensdauer der Schiffe beträgt 20 bis 25 Jahre; es muß also jede Generation ihre Flotte selbst bezahlen und nicht auf Kosten späterer Generationen bauen. Wenn die Kosten durch Anleihen gedeckt werden wären, so wären die Zinsen durch die indirekte Besteuerung von Massengütern aufgebracht worden. Das wollten wir nicht, wir wollten, daß die Kosten auf die starken Schultern gelegt werden, ohne daß die Matrikulbeiträge der Einzelstaaten erhöht werden. Schon der jetzige Zustand ist für die Einzelstaaten sehr unangenehm. Wenn die Matrikulbeiträge erhöht würden, so würden die Einzelstaaten ihre Ausgaben für kulturelle Zwecke, besonders für die Schule, vermindern müssen. Das würde manchen Mitleid erregen; es wäre für den Reichsgebauken sehr gefährlich, wenn man die Matrikulbeiträge weiter erhöhen wollte. Nun hat man getadelt, daß wir nicht andere Steuern, z. B. die Reichseinkommensteuer, beantragen haben. Eine solche Einkommensteuer würde die Haupteinnahmequelle der Einzelstaaten unterbinden; sie würde die Mediatisirung der Einzelstaaten bedeuten. Rehmlich sieht es mit der Reichsvermögensteuer. Allerdings habe ich in der Kommission eine Reichsbesitzsteuer an-

geregt. Aber ich habe für meinen Gedanken wenig Gegenliebe gefunden und mußte daher davon absehen. Es blieben also nur indirekte Steuern übrig. Hier hat Graf Kanitz eine Weinsteuer vorgeschlagen. Mich wundert, daß gerade von agrarischer Seite dieser Vorschlag gekommen ist; denn diese Steuer würde hauptsächlich die Agrarier treffen, allerdings nicht die des Ostens, aber des Westens und Südens. (Lebhaft Zustimmung.) Nun will ich damit meine Kräfte nicht länger vergeuden. (Heiterkeit.) Herr v. Siemens hat von der „katholischen“ Fraktion gesprochen. Es ist nicht üblich, eine Fraktion nach der Konfession der Mehrheit ihrer Mitglieder zu benennen. Herr v. Siemens dürfte doch den Namen meiner Fraktion kennen. Er hat ferner die Börse sozulegen als das Herz Deutschlands charakterisirt. Darin folgen wir ihm nicht; wir suchen das Herz des Volkes im gebundenen Mittelstande und dieser hat sehr wenig mit der Börse zu thun. Die Börsensteuer trifft nicht den Mittelstand, sondern lauter sehr leistungsfähige Schultern. Daß die Sozialdemokraten hier wieder für die Börse eingetreten sind, hat mich nicht gewundert. Es hat sich hier wieder gezeigt, daß die Sozialdemokraten die Schutztrappe der Börse sind. (Lebhaft Zustimmung.) Widerspruch bei den Soz. Abg. Bebel ruft: Einfach unverständlich!

Präsident Graf v. Helldorf ruft den Abg. Bebel wegen seines Jurats zur Ordnung. Abg. Gröber (fortfahrend): Man hat bei jeder Erhöhung der Börsensteuer geklagt und gekammert; aber niemals sind die schwarzen Prophezeiungen eingetreten. Ebenso wird es auch jetzt gehen. Sollte das Haus bei der Festsetzung der Steuern noch erheblich hinter die Kommissionsvorschläge zurückgehen, sollten die Steuern so herabgemindert werden, daß sie erheblich geringere Beträge abwerfen als nach den Kommissionsvorschlägen, so müssen wir uns vorbehalten, in dritter Lesung gegen das Flottengesetz zu stimmen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Richter (fr. Sp.): Wenn das Haus die Flotte nur unter der Bedingung der Einführung einer Reichsbesitzsteuer bewilligt hätte, so würden die Regierungen dieser Steuer sicher zugestimmt haben. Es ist heute sehr viel vom Mittelstand gesprochen worden. Was verstehen Sie denn darunter? Wir wissen das nicht. (Heiterkeit.) Das sind Schlagwörter, die Sie in Volkerversammlungen gebrauchen können, mit denen Sie aber hier keine Wirkung erzielen. Die Reichsbesitzsteuer hat allerdings einen großen Mangel, nämlich, daß sie ihrer Natur nach unerblich ist. Früher, in der Session 97/98, ist das Centrum, auch Herr Gröber für Abschaffung der Reichsbesitzsteuer eingetreten. Er, Herr Gröber, so kann ich ändern Sie Ihre Ansicht? Wir bedauern es lebhaft, daß wir nicht bei dieser Gelegenheit zu einer qualitativen dichten Steuer gekommen sind. Nur durch eine solche Steuer ist es möglich, die Unzulänglichkeiten des jetzigen Steuersystems zu beseitigen.

Abg. Dr. v. Siemens (fr. Sp.): Die Befürchtungen, die man an das Flottengesetz geknüpft hat, haben sich zum großen Theil erfüllt. So ist z. B. die Vertheilung eingetroffen, daß die Steuer auf eine Reihe von geschäftlichen Verhältnissen demoralisiren wirken würde. Es ist mir vorzuziehen worden, daß ich heute gesprochen habe, obgleich ich selbst zur Börse gehöre. Ich erwidere darauf: Ich habe mich in den Reichstag wählen lassen, nicht um persönliche, sondern um allgemeine Interessen zu vertreten. Wenn man mir deshalb einen Vorwurf macht, so bin nicht ich zu bedauern, sondern der, der mir einen solchen Vorwurf macht.

Abg. Graf Kanitz (Soz.): Ich habe meinen Vorschlag mit der Weinsteuer nur an die Adresse des Herrn Bebel gerichtet, der gesagt hat, man müsse die reiche Leute besteuern. Ich habe gesagt: Man besteuere alles Mögliche; vielleicht könnte man auch einige kleine Reueisen besteuern. Warum hat die Flotte eine solche Steuer nicht vorgeschlagen? Ich betone, daß ich diese Bemerkungen nur für meine Person, nicht im Namen der Fraktion gemacht habe.

Abg. Bebel (Soz.): Bebel hat gegen die vorgeschlagenen Steuern stimmen, habe ich eben schon erklärt. Wenn Sie die Flottengesetze für unmoralisch halten, so müssen Sie sie unterstützen und dürfen sich nicht mit einer einfachen Behauptung begnügen. Wir haben eine große Zahl kleine Danker, die zum Mittelstande gehören. Gerade diese würden durch die Steuer getroffen. Das nennen Sie dann Mittelstands-politik. Wenn das Centrum erkrankt eine direkte Reichssteuer gewollt hätte, so hätte es daran bestanden oder die Flotte fahren lassen sollen. Hierzu hätten Sie den Muth nicht auf sich nehmen. Immer, aber Sie wollen die Kosten nicht auf sich nehmen.

Abg. Richter (fr. Sp.): Das Centrum droht, gegen das Gesetz zu stimmen, wenn die Steuern nicht in ihrem Sinne angenommen würden. Diese Drohung kann uns nicht erschrecken. Da müssen Sie (zum Centrum) sich anerkennen. Ihre nächsten Rathgeber, die National-Liberalen, werden Sie sagen: Wenn die Stempelsteuer nicht bewilligt wird, so lassen wir die Flotte fallen. Also: Ihre ganze Begeisterung für die Welt-politik, Ihr ganzer Enthusiasmus wiegt nicht mehr als das 1/10 Proz. der Stempelsteuer. (Heiterkeit.) Das ist die „gräßliche Flotte.“ (Heiterkeit.) Wenn Sie meine Vorklage nicht mit Grinsen, sondern mit einem Lächeln „sic volo sic jubeo“ bekämpfen, so spricht das nicht für Ihre Sache.

Abg. Gröber (Soz.): Wir wollen nur unsere Stellung klarlegen. — Herr Richter hat in meinen Reden einen Widerspruch entdeckt. Unser Vorschlag von 1897 ist aber abgelehnt worden, und wir haben daraus gelernt. Ich mit schlichte die Diskussion. § 6 wird unverändert angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und freisinnigen Volkspartei.

Zur Flottenvorlage hat die Kommission folgende Resolutionen beantragt: Der Reichstag wolle beschließen, I. daß vom Rechnungsjahre 1901 ab im Etat für die Verwaltung der kaiserlichen Marine die vollen Kosten für Ankerungen (statt bisher zwei Drittel) und von den Schiffbaukosten sechs (statt bisher fünf) Prozent des Wertes der Flotte auf den ordentlichen Etat übernommen werden; II. daß der aus der Uebernahme des Reichsflottenspekulums noch verbleibende Ueberfluß zur Verminderung der Reichsschuld nach Maßgabe der hierüber im Etat zu treffenden Bestimmungen Verwendung finde;

III. den Herren Reichstagsräthen zu erlauben, dahin zu wirken, daß im Interesse der Landwirtschaft und zum Zweck deren Versorgung mit den nöthigen Arbeitskräften die deutschen Reichsgrenzen für den erforderlichen Anzug fremdländischer Arbeiter geöffnet werden; IV. die verbandelten Regierungen zu erlauben, spätestens Anfang der nächsten Session des Reichstags einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Besteuerung des Sachvertrags und ähnlicher Stoffe in einer der bestehenden Industriesteuern und der Einkünfte der künstlichen Stoffe entsprechenden Höhe gesichert wird.

Diese Resolutionen werden angenommen. Gegen die Resolutionen unter I. und III. stimmen die Sozialdemokraten und freisinnige Volkspartei, gegen die Resolution unter II. außerdem die National-Liberalen, die sich ihre entgeltliche Stellungsnahme jedoch noch vorbehalten; ferner die Abg. Frhr. v. Dismarck (b. L. F.), Graf Arnim (Sp.), Graf Stolberg (L.) Frhr. v. Tiedemann (Sp.).

Damit ist die zweite Lesung der Flottenvorlage erledigt. Das Haus verlegt sich auf Freitag 1 Uhr (2. Lesung des Stempelsteuer- und Zollgesetzes). Schluß 5 1/2 Uhr.